

N i e d e r s c h r i f t

Über die öffentliche Sitzung des Gemeinderates am, Montag, 24.03.2014,
Beginn: 18:30, Ende: 19:35, Rathaus Brühl, Großer Sitzungssaal

Zur Beurkundung der Niederschriften

Das Gremium:

Der Vorsitzende:

Der Schriftführer:

Vorsitzender

Herrn Bürgermeister Dr. Ralf Göck

CDU

Herr Robert Ganz
Herr Wolfram Gothe
Frau Eva Gredel
Herr Stefan Hoffman
Herr Bernd Kieser
Herr Christian Mildenberger
Herr Wolfgang Reffert
Herr Uwe Schmitt
Herr Michael Till

SPD

Herr Hans Hufnagel
Herr Rüdiger Lorbeer
Herr Jürgen Meyer
Frau Gabriele Rösch
Herr Roland Schnepf
Herr Hans Zelt

FW

Herr Werner Fuchs
Frau Claudia Stauffer
Herr Thomas Zoepke

GLB

Frau Ulrike Grüning
Herr Klaus Tribskorn

Verwaltung

Herr Reiner Haas
Herr Robert Raquet
Herr Christian Stohl

Schriftführer
Herr Lothar Ertl

Abwesend

FW
Herr Jens Gredel
Frau Heidi Sennwitz

Nach Eröffnung der Sitzung stellte der Vorsitzende fest dass

1. zu der Sitzung durch Ladung vom 17.03.2014 ordnungsgemäß eingeladen worden ist;
2. die Tagesordnung für den öffentlichen Teil der Sitzung am 21.03.2014 ortsüblich bekannt gemacht worden ist;
3. das Gremium beschlussfähig ist, weil mindestens 12 Mitglieder anwesend sind.

Hierauf wird in die Beratung eingetreten und folgendes beschlossen:

TOP: 1 öffentlich
Bekanntgabe der Beschlüsse der letzten nichtöffentlichen Sitzung

Bürgermeister Dr. Göck gab folgende Beschlüsse bekannt:

Beschluss gefasst wurde über einen Grunderwerb im Bereich des Gewerbegebiets Schütten-Lanz sowie über den Verkauf von Garagen und Stellplatzgrundstücken im Bereich Buchenstraße.

TOP: 2 öffentlich
Umnutzung einer Gaststätte in zwei Wohnungen Baugrundstück: Flst. Nr. 4918, Weidweg 17
2014-0029/1

Beschluss:

Das Einvernehmen zum Bauvorhaben wird gemäß §§ 35, 36 Baugesetzbuch erteilt.

Die Einfriedung darf nur aus Pflanzen oder Hecken bestehen.

Die geplante Renaturierung des Parkplatzes ist umzusetzen.

Abstimmungsergebnis: Mit Stimmenmehrheit zugestimmt

dafür	8
dagegen	7
Enthaltungen	6

Bauherrin: Gabriele Herm, Brühl

Es wird eine Baugenehmigung für die Umnutzung einer Gaststätte in zwei Eigentumswohnungen sowie die Errichtung einer Terrassenüberdachung (Grundfläche: 107,36 m²) beantragt. Weiterhin ist die Renaturierung des Parkplatzes geplant.

Zum Bauvorhaben wurden bereits das Einvernehmen der Gemeinde (Sitzung des Ausschusses für Technik und Umwelt vom 16.09.2013) und ein Bauvorbescheid erteilt. Allerdings wurde in der Sitzung des Ausschusses für Technik und Umwelt vom 10.02.2014 das Einvernehmen zum Bauantrag im Rahmen der Beantragung der Baugenehmigung nicht erteilt. Daraufhin hat das Baurechtsamt des Rhein-Neckar-Kreises mitgeteilt, dass sich seit der Erteilung des Bauvorbescheids nichts an der Sach- und Rechtslage geändert habe und beabsichtigt werde, die beantragte Baugenehmigung zu erteilen und das versagte Einvernehmen der Gemeinde gemäß § 54 Absatz 4 Landesbauordnung Baden-Württemberg zu ersetzen.

Das Baugrundstück befindet sich im Außenbereich und das Einvernehmen ist daher gemäß § 35, 36 Baugesetzbuch zu erteilen.

Von einem Wohnhaus gehen keine schädlicheren Umwelteinwirkungen als von der genehmigten Gaststätte aus und auch die anderen in § 35 Absatz 3 genannten Belange (u.a. Natur-, Bodenschutz, Erholungswert, Landschaftspflege, Orts- und Landschaftsbild) werden nicht stärker beeinträchtigt. Die zuständigen Fachbehörden haben dies im Rahmen des Bauvorbescheids geprüft.

Positiv zu sehen ist außerdem die bei einer Genehmigung erfolgende Renaturierung des Parkplatzes.

Daher ist gemäß § 35 Absatz 4 Nr. 1 f eine Umnutzung in Wohnungen zulässig, zumal bereits auf dem Nachbargrundstück „Weidweg 15“ eine Umnutzung einer Gaststätte in ein Wohnhaus genehmigt wurde.

Diskussionsbeitrag:

Gemeinderat Lorbeer teilt mit, dass die SPD-Fraktion lange über das Bauvorhaben diskutiert habe und nicht einheitlich abstimme. Einige fühlten sich der Tradition verpflichtet, andere würden für den Umbau stimmen. Es sei über ein Naturfreundehaus nachgedacht worden. Jedoch sei der Kaufpreis zu teuer gewesen.

Gemeinderat Fuchs erläutert, dass er sich weiterhin gegen die Wohnbebauung ausspreche, auch wenn das Baurechtsamt anders entscheide. An diesem Standort solle kein Wohngebiet entstehen. Er kritisiert, dass die Gaststätte „Entenjakob“ mit dem „Radiergummi“ verschwinde und fragt, was in diesem Fall geschehen würde, wenn Brühl selbst Baurechtsbehörde sei.

Bürgermeister Dr. Göck antwortet, dass sich die Gemeinde Brühl auch ans Recht halten müsse, wenn sie selbst Baurechtsbehörde sei. Auch dann könne eine Umnutzung nicht abgelehnt werden, da es dort Präzedenzfälle gebe. Lediglich beim Neubau eines Wohnhauses wäre anders zu entscheiden. Er teilt mit, dass das Baurechtsamt bereits bei der Bauvoranfrage das Einvernehmen ersetzt hätte, wenn dieses nicht erteilt worden wäre. Der Ermessensspielraum sei hier sehr gering, zum Beispiel könnte die Errichtung von Gabionen abgelehnt werden.

Gemeinderat Fuchs fragt, ob dort auch weitere Gebäude entstehen dürfen.

Bürgermeister Dr. Ralf Göck antwortet, dass das Verbot der Splittersiedlung nur außerhalb der bestehenden Wohngebäude gelte, aber eher nicht zwischen diesen. Die Entscheidung müsse jedoch im Einzelfall getroffen werden.

Gemeinderat Schmitt teilt mit, dass auch die CDU-Fraktion geteilter Meinung sei. Er sei für die Erteilung des Einvernehmens, da dort bereits Wohnbebauung vorhanden sei und die Existenz einer Familie auf dem Spiel stehe. Daher solle nicht an der Tradition festgehalten werden, zumal das Lokal nicht gut besucht war und die Tradition auch in der Zeit seit September „mit den Füßen getreten worden sei“.

Gemeinderat Tribskorn befürchtet die Entstehung einer „Splittersiedlung“ in diesem Bereich. Er könne die Konsequenzen nicht mittragen, die aus der damaligen Genehmigung des benachbarten Wohngebäudes entstanden seien. Man müsse gegen dieses Vorhaben sein, da sonst auch noch weitere Wohngebäude dort genehmigt werden könnten. Zudem müsse auch bei anderen Vorhaben auf die Verhinderung der Entstehung von Präzedenzfällen geachtet werden.

Gemeinderätin Rösch erinnert daran, dass damals dort für viel Geld für Erholungssuchende ein Parkplatz und ein Weg um den See ein Weg angelegt wurden. Wenn das Lokal geschlossen werde, würde dort viel Müll angelagert werden. Zudem sei das benachbarte Wohngebäude damals nur genehmigt worden, damit das Lokal bestehen bleiben konnte. Aus diesen Gründen lehne sie das Vorhaben ab.

Gemeinderätin Stauffer möchte nicht, dass ein vor allem im Erdgeschoss hinsichtlich Hochwasser gefährdetes Wohngebäude geschaffen werde.

Gemeinderat Schmitt erklärt, dass hoch genug gebaut werde, um diese Gefahr zu minimieren.

TOP: 3 öffentlich
Einrichtung eines freien W-Lan-Netzes für den Bereich Freibad-Bücherei-Schulzentrum
2014-0048

Beschluss:

Der Einrichtung eines freien W-Lan-Netzes für den Bereich Freibad-Bücherei-Schulzentrum wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis: Mit Stimmenmehrheit zugestimmt

dafür	10
dagegen	8
Enthaltungen	3

Manche Städte haben bereits ihre komplette Innenstadt mit öffentlich zugänglichen W-Lan-Netzen ausgestattet. Sie möchten damit ihre Attraktivität für Einwohner und Besucher erhöhen.

In Brühl gibt es eine erste Lösung rund um das Rathaus und die Festhalle, die gut angenommen wird.

Es wird nun vorgeschlagen, auch das Schulzentrum, die Bücherei und das Freibad mit kostenfrei zugänglichen W-LAN auszustatten. Dies wäre eine besondere Attraktion im Brühler Freibad, was dort auch in weniger sonnigen Zeiten zu einer Steigerung der Besucherzahlen führen dürfte. Den Nutzern der Bücherei würde es ermöglicht, neue Medien, z.B. die Online-Ausleihe, direkt vor Ort auszuprobieren.

Da von einigen Gemeinderäten die Auffassung vertreten wurde, dass man aus grundsätzlichen Erwägungen heraus keine öffentlich zugänglichen W-Lan-Netze installieren sollte, soll der Gemeinderat einen Grundsatzbeschluss zu dieser Thematik fassen, auch wenn dies vom Vergabevolumen her nicht notwendig wäre

Die Gesamtkosten für diese Maßnahme (Technik und Verkabelung) belaufen sich auf ca. 15.000 €

Der Betrieb des W-Lan-Netzes erfolgt wieder durch die Fa. Hotspots (Marktführer in diesem Segment), die auch die Sicherheit des Netzes garantiert. Die monatlichen Kosten belaufen sich zusammen mit dem dafür notwendigen Internetzugang auf ca. 90,00 €.

Das Vorhaben soll bis zur Saisonöffnung des Freibads am 1. Mai realisiert werden. Die erforderlichen Mittel sind im Haushalt eingestellt.

Diskussionsbeitrag:

Rund um das Rathaus und die Festhalle ist das kostenlose W-Lan-Netz bereits Wirklichkeit. Und angesichts der Tatsache, dass der Zugang ins Web zunehmend zum Standortfaktor wird, schlug Bürgermeister Dr. Ralf Göck nun vor, diesen Service in der Hufeisengemeinde weiter auszubauen. In Zukunft soll auch im Bereich des Freibades, auf dem Schulhof des Schulzentrums und in der Gemeindebücherei ein kostenloser Zugang ins Netz ermöglicht werden. Andere Städte, so der Bürgermeister, hätten bereits die gesamte Innenstadt mit öffentlich zugänglichen W-Lan-Netzen ausgestattet. Auch in Mannheim forderten das die Fraktionen des Gemeinderates.

Für Wolfram Gothe (CDU) ist es trotzdem ein Vorschlag, der in die falsche Richtung gehe. Kinder und Jugendliche seien schon genug in der digitalen Welt unterwegs. Für das Freibad sehe er keinen Bedarf. „Ist doch schöner, wenn die Menschen direkt miteinander reden.“

Auch Thomas Zoepke (FW) will hier die Infrastruktur nicht noch weiter ausbauen. Zumindest für das Schwimmbad sei das eher kontraproduktiv. Und die Eltern wollten das auch nicht.

Ganz anders sahen das Roland Schnepf (SPD) und Christian Mildenerger (CDU). Es ermögliche zahlreiche Einsatzmöglichkeiten, die gerade für Jugendliche sehr sinnvoll seien. Verbote würden da nicht weiterhelfen.

Ganz grundsätzlich gegen diesen Ausbau stellte sich Klaus Tribskorn (GL). Das Gefährdungspotential der Strahlung für die Gesundheit scheint in seinen Augen klar gegeben: „Die Strahlen können Krebs auslösen.“ Auch behauptete er, dass die EU im Vergleich zu Deutschland deutlich engere Grenzwerte setze. Und auch wenn es noch Fragezeichen gäbe, oberstes Ziel muss der Gesundheitsschutz sein. In der Folge beantragte er einen Seminarbesuch in Sachen Strahlungsrisiken und ein Abschalten des W-Lan-Netzes rund um das Rathaus. Beides wurde vom Gemeinderat mehrheitlich abgelehnt.

Der Verwaltungsvorschlag ging anschließend mit zehn gegen acht Stimmen bei drei Enthaltungen durch das Gremium.

TOP: 4 öffentlich Informationen durch den Bürgermeister

TOP: 4.1 öffentlich Anfrage Bürgerinitiative Geothermie - Erdhebungen Landau

Bezug nehmend auf eine Anfrage der Bürgerinitiative Geothermie, ob Erdhebungen wie in Landau durch das Geothermiekraftwerk in Brühl möglich seien, übergab der Bürgermeister eine geologische Ausarbeitung an die BI und an die Fraktionsvorsitzenden im Gemeinderat.

Daraus wurde deutlich, dass es Anhydritschichten, bei denen die Gefahr der Aufquellung bestehe, erst in Tiefen gebe, bei denen die Auflast darüber so hoch ist, dass die Quellungen nicht zu Schäden an der Oberfläche führen könnten.

Weiter teilte er mit, dass es aus Landau noch keine Ergebnisse der Untersuchungen gebe, wie es zu den Geländehebungen gekommen ist. Ein Anhydritrisiko gebe es dort jedoch auch nicht.

Herr Hünigler wollte wissen, warum man dazu keine externen Gutachter befrage.

Gemeinderat Hufnagel regte darauf hin an, die Aussagen des Berichts von GeoEnergy durch das Landesbergamt bestätigen zu lassen. Dies ist zwischenzeitlich erfolgt.

TOP: 5 öffentlich Fragen und Anregungen der Mitglieder des Gemeinderats

TOP: 5.1 öffentlich Gemeinderat Gothe

Gemeinderat Gothe fragt nach dem neuen Kassensystem im Freibad. Er fragt, ob die jetzt dort verwendeten Plastikkarten scannergeeignet seien, damit diese auch für einen möglichen zweiten elektronisch zu betreibenden Zugang im Bereich des Parkplatzes hinter dem Hallenbad verwendet werden könne. Er wies in diesem Zusammenhang noch einmal deutlich auf den entsprechenden CDU-Antrag hin.

Antwort Herr Ertl:

Hauptamtsleiter Ertl teilte mit, dass dies momentan nicht vorgesehen sei. Man werde prüfen, ob die Tickets des neuen Kassensystems dafür geeignet seien.

Antwort des Bürgermeisters:

Bürgermeister Dr. Göck warnte vor Fehlinvestitionen für wenige „heiße Tage“, in denen der Hallenbadparkplatz genutzt werde: „Solche Zugänge ohne Personal sind vandalismusanfällig“. Man werde die Sache im Herbst im Verwaltungsausschuss nochmals aufarbeiten.

TOP: 5.2 öffentlich Gemeinderat Schmitt

Gemeinderat Schmitt regte an, bei der Landesregierung nachzufragen, ob sie auch für mögliche Geothermie-Schäden in Brühl einen Fond zur Verfügung stelle, wie sie das jetzt in Stauffen getan habe. Bürgermeister Dr. Göck hält das für eine gute Idee, die auch in einer seiner Veranstaltungen im Bürgermeisterwahlkampf angeregt worden sei.

TOP: 5.3 öffentlich Gemeinderat Tribskorn

Gemeinderat Tribskorn möchte Presseartikel aus der Zeitung „Die Rheinpfalz“ über die Geschehnisse rund um das Geothermiekraftwerk in Landau in der Brühler Rundschau veröffentlicht wissen.

Antwort des Bürgermeisters:

Dr. Göck weist auf presserechtliche Bedenken und das Urheberrecht hin, das hier fehle. Solche Artikel könnten nicht einfach abgedruckt werden. Die Brühler Rundschau sei außerdem kein Medium der Tagespresse, sondern ein Informationsblatt mit örtlichem Bezug. Gemäß Erlass des Innenministeriums sollen in Amtsblättern keine über das örtliche Geschehen hinausgehenden Berichterstattungen aufgenommen werden. Dies sei ausschließlich Aufgabe der Tagespresse, mit der die Amtsblätter nicht konkurrieren dürften. Auch wurde in einem VGH-Urteil festgestellt, dass amtliche Publikationen von tagespolitischen Auseinandersetzungen oder Veröffentlichungen freigehalten werden sollten.

TOP: 5.4 öffentlich
Gemeinderat Hoffmann

Er fragt zum wiederholten Male nach zusätzlichen Lampen im Bereich Sonnenweg/Planetenweg.

Antwort Ortsbaumeister Haas:

Es wurden zusammen mit der EnBW drei neue zusätzliche Lampenstandorte festgelegt. Mit den Erdarbeiten soll im Laufe der nächsten Woche begonnen werden.

TOP: 5.5 öffentlich
Gemeinderat Lorbeer

Auf Anregung von Gemeinderat Lorbeer soll die Gemeinde-Homepage www.bruehl-baden.de so ausgerichtet werden, dass es auch bei neuen Browsern keine Darstellungsprobleme gibt.

TOP: 6 öffentlich
Fragen und Anregungen der Bürgerinnen und Bürger

TOP: 6.1 öffentlich
Bekanntgabe Jugendgemeinderat Teske

Jugendgemeinderat Maurizio Teske gibt bekannt, dass in Brühl jetzt eine „Junge Liste“ als neue unabhängige Jugendgruppierung bei der Gemeindewahl antreten werde.

TOP: 6.2 öffentlich
Anfrage Herr Arnold - zusätzlicher Wohnraum "Entenjakob" - Lärmbelästigung

Herr Christian Arnold spricht die im Bereich des Waldwegs angesiedelten Vereine SG Brühl, Buffalo's sowie den Reiterverein an. Er befürchtet, dass Probleme für die Vereine im Hinblick auf Lärmbelästigung entstehen könnten, wenn im Bereich „Entenjakob“ zusätzlicher Wohnraum geschaffen wird. Er bittet zu prüfen, wie hier Nachteile für die Vereine verhindert werden könnten.